



**Bericht des Europaabgeordneten
Dr. Peter Jahr
aus dem Europäischen Parlament
an den 37. Landesparteitag
der Sächsischen Union
am 05. November 2022**

Dr. Peter Jahr

Ausschussmitgliedschaften

- Petitionsausschuss (ordentl. Mitglied);
- Ausschuss für regionale Entwicklung (ordentl. Mitglied);
- Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (stellv. Mitglied);

Delegationsmitgliedschaften

- Delegation im Ausschuss für parlamentarische Kooperation EU-Russland (ordentl. Mitglied);
- Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST (stellv. Mitglied);
- Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine (stellv. Mitglied)

EVP-Fraktion

- Sprecher der EVP-Fraktion im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro

- Europabüro Burgstädt: Obergasse 7, 09217 Burgstädt, Tel: 03724-15735,
E-Mail: europabuero@peter-jahr.de

Homepage: <https://www.peter-jahr.de/> Facebook: [Dr. Peter Jahr](#) Twitter: [@peter_jahr](#)

Die gute Nachricht zuerst:

Die EU schafft Kabelsalat ab.

Es ist ein großes Ärgernis und sorgt für viel Elektroschrott: Ob Handy, Laptops, Tablets, E-Reader, Tastaturen oder Digitalkameras - jeder Hersteller hat seine eigenen Anschlüsse, also auch sein eigenes Ladekabel. Was dazu führt, dass man ständig nach dem richtigen Kabel sucht.

Ab Herbst 2024 wird sich das ändern. Im EU-Parlament haben wir jetzt für einheitliche Ladestecker im Format USB-C bei Neugeräten votiert. Der Standard-Stecker soll auch für Lautsprecherboxen, Kopfhörer, Headsets, Navigationsgeräte, „Mäuse“ und Drucker gelten. Für Laptops allerdings erst ab Anfang 2026.

Zusätzlich soll auf allen Verpackungen von Elektrogeräten ein Symbol angeben, ob ein Ladegerät dabei ist oder nicht. Hersteller müssen ihre Geräte künftig sowohl mit als auch ohne Ladegerät anbieten.

Nach Angaben der EU-Kommission waren Handy-Ladekabel im Jahr 2018 für rund 11.000 Tonnen Elektroschrott verantwortlich. Die Vereinheitlichung der Ladestecker wird daher zur Verringerung von mehr als tausend Tonnen Abfall in der EU pro Jahr beitragen. Denn dann muss sich niemand mehr beim Wechsel auf ein anderes Gerät ein neues Ladekabel kaufen. Und man kann seine Geräte auch problemlos aufladen, wenn man sein eigenes Ladegerät vergessen hat.

I. Aktuelle Entwicklungen in Europa

Im Dezember 2019 schlug die Kommissarin von der Leyen einen neuen und ehrgeizigen Kurs ein – zu einer grüneren, stärker digitalisierten und gerechteren Europäischen Union. Zusätzlich mussten zwei Krisen gemeistert werden, die sich stark auf das Leben aller Europäerinnen und Europäer auswirken: Corona und Russlands willkürlichen Ukraine-Krieg.

Der Beginn des brutalen und grausamen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine liegt schon etwas über 200 Tage zurück. Auf dem Spiel steht nicht nur die Ukraine. Es geht auch um die Werte, für die die Europäische Union steht: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und alle Werte, die die Grundfeste unserer Union bilden. Deshalb wird die Unterstützung der Europäerinnen und Europäer in diesen schwierigen Zeiten im kommenden Jahr die oberste Priorität der Kommission sein. In diesem Sinne legte die Kommission eine Reihe von Vorschlägen vor, um die Auswirkungen der Energiekrise auf die bedürftigsten Haushalte und Unternehmen abzufedern und ihnen bei der Umstellung zu helfen. Dies ist die jüngste, einer Reihe von Maßnahmen zur Stärkung unserer Widerstandsfähigkeit seit Beginn des Krieges, insbesondere durch die Beseitigung unserer Energieabhängigkeiten. Mit REPowerEU wollen wir die Anstrengungen zur Diversifizierung der Versorgung und zur Abkehr von fossilen Brennstoffen aus Russland sowie den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen, Energieeinsparungen fördern und unsere Speicherkapazitäten erhöhen. Gegenwärtig kämpft die CDU/CSU-Gruppe für einen Belastungsstopp, ein sogenanntes regulatorisches Moratorium. Das heißt alle Gesetzgebungsvorhaben, die zu mehr Belastungen oder zu mehr Bürokratie führen, müssen eingestellt werden.

II. Bericht aus dem Ausschuss für Petitionen

Als Sprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) organisiere und vertrete ich die Interessen meiner Fraktionskollegen im Petitionsausschuss.

Der Petitionsausschuss bildet die Brücke zwischen den EU-Bürgern und den EU-Institutionen. In einer Petition kann ein individuelles Ersuchen, eine Beschwerde oder Bemerkung zur Anwendung von EU-Recht oder eine Aufforderung an das Europäische Parlament, zu einer bestimmten Angelegenheit Stellung zu nehmen, dargelegt werden. Solche Petitionen geben dem Europäischen Parlament Gelegenheit, auf Verletzungen der Rechte eines Unionsbürgers durch einen Mitgliedstaat, lokale Gebietskörperschaften oder eine sonstige Institution hinzuweisen.

Der Petitionsausschuss beschäftigt sich mit Beschwerden aus allen Bereichen des Lebens der EU-Bürger. Im Jahr 2021 hat das Europäische Parlament 1 392 Petitionen empfangen, wobei sich die meisten Petitionen mit Themen zu Grundrechten, Umwelt, Gesundheit und Rechtsstaatlichkeit beschäftigten. Nach Spanien kommt ein Großteil der Petitionen aus Deutschland.

Eine EU ohne Zeitumstellung

Seit nun mehr als zehn Jahren erhält der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments Petitionen, die die Abschaffung der zweimal jährlichen Zeitumstellung fordern. Schon fast genauso lange engagiere ich mich im Europäischen Parlament in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Abschaffung der Zeitumstellung. Diese fraktionsübergreifende Initiative forderte von der Europäischen Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2000/84/EG zur Regelung der Sommerzeit.

Die EU-Kommission hatte bereits 2018 vorgeschlagen, die Zeitumstellung abzuschaffen. Im März 2019 hat dann das Parlament diesem Vorschlag zugestimmt. Nun obliegt es den Mitgliedsstaaten, die Beschlüsse entsprechend umzusetzen. Leider passierte in den vergangenen Jahren, zumindest für die Öffentlichkeit, nichts.

Ein zentrales Problem ist, dass auch die Staaten, die für die Abschaffung der Zeitumstellung sind, noch überlegen, ob danach für sie die Sommerzeit, oder die normale Mitteleuropäische Zeit (MEZ) gelten soll.

Jeder Staat kann selbst entscheiden, welche Zeit bei ihm gelten soll. Wenn sich aber jedes EU-Land anders entscheidet, droht ein Flickenteppich. Die Länder sollten sich zumindest innerhalb einer Region auf eine gemeinsame Lösung verständigen, sonst gibt es totales Chaos bei Terminen, Reisen oder alltäglichen Sachen wie Fernsehübertragungen. Manche Länder wollen die Sommerzeit abschaffen, andere nicht. Länder wie Griechenland zum Beispiel freuen sich, wenn es im Sommer abends länger hell ist, weil sie glauben, dass das dem Tourismus hilft.

Ich bedaure, dass sich der Ministerrat vor der Corona-Pandemie nicht die Zeit genommen hat, das Thema zu lösen. Dass das während der Pandemie keine Priorität hatte und hat, ist nachvollziehbar, aber ich kritisiere, dass die Mitgliedsstaaten in den 12 Monaten davor insgesamt nicht bereit waren, auf den klaren Wunsch der Bürgerinnen und Bürger einzugehen.

Ob die Abschaffung der Zeitumstellung im Rat der 27 EU-Mitgliedsländer irgendwann wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist nicht bekannt.

Delegationsreise des Petitionsausschusses nach Hessen zum Thema Jugendamt

Der Petitionsausschuss bekommt seit mehr als einer Dekade Petitionen zu der Rolle des Deutschen Jugendamts, in denen die angebliche systematische Diskriminierung „nichtdeutscher“ Eltern bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten über die elterliche Verantwortung und das Sorgerecht für Kinder angeprangert wird.

In den vorliegenden Petitionen wird dem deutschen Jugendamt unterstellt, in Streitfällen das Sorgerecht für Kinder immer zu Gunsten der deutschen Partei zu entscheiden.

Bei sogenannten Mischehen von Eltern mit unterschiedlichen Nationalitäten mit unterschiedlichen Lebensstandards befindet sich der Lebensmittelpunkt der Familie meistens in dem Land mit dem höheren Lebensstandard (Deutschland). Kehrt der Ehepartner im Trennungsfall in sein ursprüngliches Heimatland zurück, dann wird im Streitfall dem Partner, der am Lebensmittelpunkt verbleibt, das Sorgerecht für das Kind zugesprochen. Das heißt oft dem deutschen Partner. In diesem Zusammenhang wird von einer Germanisierung ausländischer Kinder durch das deutsche Jugendamt gesprochen.

Wichtig zu bemerken dabei ist, dass die Petitionen immer nur die Situation aus der Sicht des Petenten beschreiben, welcher oft der „nichtdeutsche“, angeblich benachteiligte Elternteil ist. Der Petitionsausschuss hat keine Einsicht in Dokumente des Jugendamtes, in Gerichtsurteile oder ähnliches.

Auf Basis der eingegangenen Petitionen hat der Petitionsausschuss vom 3.11.2022-4.11.2022 eine Untersuchungsreise, eine sogenannte Fact-Finding-Visit, nach Hessen unternommen.

III. Bericht aus dem Ausschuss für Regionale Entwicklung

"Stand with Ukraine" - Verbesserungen in der Kohäsionspolitik (FAST CARE)

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar dieses Jahres sind mehr als sechs Millionen Menschen vor den Kriegshandlungen in die Europäische Union geflohen. Die Kohäsionsmaßnahme für Flüchtlinge in Europa (engl. kurz CARE) hat es den Mitgliedstaaten und Regionen bereits ermöglicht, schnell und unkompliziert die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um diese Menschen vor Ort aufzunehmen und zu versorgen.

Am 04.10.2022 haben wir daher im Plenum für das Programm zur flexiblen Unterstützung der Regionen gestimmt (engl. kurz FAST-CARE). Dieses ergänzt das CARE-Programm und gewährt zusätzliche Unterstützung für die lokale und regionale Ebene. Es stellt sicher, dass Mittel aus dem Kohäsionsfonds der EU dort eingesetzt werden können, wo sie in der aktuellen Lage am dringendsten benötigt werden. Die Mitgliedstaaten erhalten sowohl für 2022 und für 2023 zusätzliche Liquidität in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Es werden Lösungen für Kohäsionsprojekte geschaffen, deren Umsetzung sich aufgrund des russischen Angriffskriegs, etwa wegen fehlender Rohmaterialien, nun verzögert. Zudem kann auch für bereits abgeschlossene oder vollständig umgesetzte Projekte rückwirkend eine Erstattung der Kosten erreicht werden, wenn diese zur Bewältigung migrationsbedingter Aufgaben dienen.

Die Fördermodalitäten aus dem EU-Kohäsionsfonds können wir auf diese Weise den Gegebenheiten in unseren Regionen anpassen und zukunftsfest gestalten. Mitgliedstaaten

erhalten einfacher und schneller Zugang zu Förderprogrammen. Dies ermöglicht es uns, die fliehenden Menschen aus der Ukraine weiterhin zu unterstützen und gleichzeitig die wirtschaftliche Erholung unserer Regionen sicherzustellen.

IV. Bericht aus dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

60 Jahre GAP: unsere Landwirtschaft ist systemrelevant!

In diesem Jahr feiert die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) ihren 60. Geburtstag. 1962 wurden die ersten gemeinsamen Regeln für die Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft eingeführt. Seitdem gehört die EU-Agrarpolitik zu einem der wichtigsten Aufgabenfelder der Europäischen Union. In diesen 60 Jahren hat sich die GAP immer wieder weiterentwickelt, neu ausgerichtet und an aktuelle Anforderungen angepasst. Heute werden rund 10 Millionen Bauernhöfe und Agrarbetriebe in Europa unterstützt und gefördert.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU wurde nach dem Krieg und Hunger mit dem Ziel gegründet, eine Partnerschaft zwischen Europa und seinen Landwirten zu fördern. Die GAP ist die erste vergemeinschaftete Politik für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die GAP investiert seit 6 Jahrzehnten in eine moderne, zukunftsfähige Landwirtschaft. Umwelt-, Klima- und Tierschutz nehmen heute eine zentrale Rolle in der Agrarpolitik ein. Die künftige GAP von 2023 bis 2027 umfasst neun Hauptziele, von denen eines die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und effizienten Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft ist.

Ich wünsche mir für die Zukunft der GAP, dass wir das Spannungsverhältnis zwischen den sehr hohen Erwartungen an Umwelt-, Klima- und Tierschutz einerseits und der alltäglichen Praxis auf den Höfen und der Wirtschaftlichkeit der Betriebe andererseits weiter auflösen. Denn die eigentliche Aufgabe der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik war, ist und wird es sein, den Landwirtinnen und Landwirten den Boden zu erhalten und zu bereiten für das, was sie am besten können: qualitativ hochwertige Lebensmittel für uns alle zu produzieren! Unser Fraktionsvorsitzender und neuer Vorsitzender der europäischen Volkspartei Manfred Weber hat es auf den Punkt gebracht: „We are the farmers party!“ Das ist ein hoher Anspruch, den wir jeden Tag neu erarbeiten müssen!

GAP-Reform

Die Landwirtschaftspolitik ist die am weitesten vergemeinschaftete Politik innerhalb der EU. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU unterstützt die europäischen Landwirte, täglich hoch qualitative und sichere Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen für mehr als 500 Millionen europäische Verbraucher zu produzieren. Die GAP spielt auch eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume und bei der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen.

Für die CDU/CSU-Gruppe müssen Direktzahlungen als zuverlässige Einkommensquelle in angemessener Höhe in der 1. Säule erhalten bleiben – um wichtige Leistungen der

Landwirtschaft für die Kulturlandschaft und die Gesellschaft zu honorieren, die vom Markt nicht vergütet werden. Eine teilweise Verknüpfung der Zahlungen mit Umwelt- und Tierschutzaufgaben muss auf Erfahrungswissen basieren und darf weder Strukturbrüche noch Bürokratielast verursachen. Dabei stehen die familiengeführten bäuerlichen Betriebe im Fokus der Unterstützung – und nicht etwa branchenfremde Konzerne. Dabei konnte eine Kappung von Zahlungen auf Grundlage der Betriebsgröße verhindert werden.

Die Weiterentwicklung der sogenannten 2. Säule – ländliche Entwicklung – ist ebenfalls enorm wichtig. Die europäische Agrarpolitik spielt nicht nur in der Erzeugung von Nahrungsmitteln eine zentrale und wichtige Rolle, sie sorgt auch für eine wirtschaftliche und vitale Entwicklung der ländlichen Räume, eine nachhaltige und biodiverse Umwelt sowie für die Pflege der Kulturlandschaft.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt insgesamt auf eine ganzheitliche Digitalisierung der europäischen Landwirtschaft und möchte hierfür ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen, damit auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb eine angepasste Digitalisierung erfolgen kann. Ein Investitionsprogramm zur Unterstützung der Digitalisierung in der Landwirtschaft, für alle Arten von landwirtschaftlichen Betrieben, muss eingeführt werden.

Düngeverordnung

Die EU-Nitrat-Richtlinie gilt seit 1992 unverändert. In der Zwischenzeit hat es eine Vielzahl an Vertragsverletzungsverfahren gegeben, die klar die Notwendigkeit einer Novellierung der EU-Nitrat-Richtlinie aufzeigen. Ohne Überarbeitung würden auch weiterhin vermeidbare und schädliche Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten bestehen bleiben.

Im Falle einer Novellierung ist auch über das weitere Vorgehen im laufenden Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zu diskutieren.

Die CDU/CSU-Gruppe fordert daher einen runden Tisch zusammen mit Wissenschaftlern und Vertretern der beiden Bundesministerien. Denn es braucht eine Lösung, die gleichermaßen den Schutz des Grundwassers und den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe im Blick hat.

Pflanzenschutzmittelverordnung

Im Juni stellte die Kommission ihren Plan zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Pflanzenschutzmittel vor. Darin wird zum ersten Mal ein rechtlich verbindliches Reduktionsziel vorgesehen, das bereits im Lebensmittelkapitel des Green Deal, der so genannten „Farm-to-Fork“-Strategie, angekündigt worden war.

Der vorgelegte Vorschlag wird von der CDU/CSU-Gruppe abgelehnt, weil dadurch die Ernährungssicherheit in der Europäischen Union nicht mehr gewährleistet ist.

Belastungsstopp

Gegenwärtig setzt sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament dafür ein, dass alle Gesetzgebungsvorhaben der Kommission auf ihre Sinnhaftigkeit in „Kriegszeiten“ überprüft und gegebenenfalls zurückgezogen werden.